



78. Jahrgang / März 2005

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|---|--|
| 14. <i>Verfassungsgerichtshof zur Stimmabgabe vor der Sonderwahlbehörde und zur Freiheit der Wahlen</i> | 18. <i>Wann fallen öffentliche Parkplätze/Parkgaragen unter die Bestimmungen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVP-G) 2000</i> |
| 15. <i>Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal</i> | |
| 16. <i>Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2001 bis 2003</i> | 19. <i>Tierseuchenfonds; Pflichtbeiträge</i> |
| 17. <i>Erhebung über die Gemeindegebarung 2003 der Statistik Österreich: Bezirksübersichten und Landesübersicht</i> | <i>Verbraucherpreisindex für Jänner 2005 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

14.

Verfassungsgerichtshof zur Stimmabgabe vor der Sonderwahlbehörde und zur Freiheit der Wahlen

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 14. Dezember 2004, Zahl WI-2/04, der Anfechtung der Gemeinderatswahl in der Marktgemeinde F. in Folge Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens hinsichtlich der Stimmabgabe vor der Sonderwahlbehörde und wegen Verletzung der verfassungsgesetzlich verbürgten Freiheit der Wahlen durch Einflussnahme des Gemeindevorstandes als Organ der Gemeinde auf die Wahlwerbung mit einer Aussendung an alle Haushalte stattgegeben und das Wahlverfahren von der Ausschreibung der Wahl an aufgehoben.

Der Verfassungsgerichtshof führte in seinen Entscheidungsgründen aus:

Nach Art. 141 Abs. 1 zweiter Satz B-VG kann die Anfechtung einer Gemeinderatswahl auf die behauptete Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens gegründet werden. Einer solchen Wahlanfechtung ist dann stattzugeben, wenn die behauptete Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens erwiesen wurde und diese darüber hinaus auch auf das Wahlergebnis von Einfluss gewesen ist (Art. 141 Abs. 1 vorletzter Satz B-VG, § 70 Abs. 1 erster Satz VfGG); diese (zweite) Voraussetzung ist bereits erfüllt, wenn die Rechtswidrigkeit auf das Wahlergebnis von Einfluss sein konnte (vgl. z. B. VfSlg. 14.556/1996 mwH).

Auf das Wesentliche zusammengefasst wird in der vorliegenden Wahlanfechtung behauptet, es sei im Wahl-

verfahren vor der Sonderwahlbehörde zu Rechtswidrigkeiten gekommen, eine im Postweg vor der Wahl verbreitete „Richtigstellung des Gemeindevorstandes zu den falschen Aussagen des Sch. R. in seiner Wahlwerbung“ stelle einen rechtswidrigen Eingriff eines Gemeindeorgans in die Wahlwerbung dar; jede dieser Rechtswidrigkeiten sei auch von Einfluss auf das Wahlergebnis gewesen.

Im Einzelnen ergibt sich dazu Folgendes:

Zu Wahlverfahren vor der Sonderwahlbehörde

Dazu bringt die anfechtende Partei in ihrer Anfechtungsschrift Folgendes vor:

„Im Bereich der Sonderwahlbehörde kam es darüber hinaus zu weiteren Rechtswidrigkeiten des Wahlverfahrens, was umso schwerer wiegt, weil die Wählerinnen und Wähler in diesem Bereich aufgrund ihres Alters den 1925 geborenen Erstgereihten der Beschwerdeführerin ganz besonders schätzen und es nahe liegt, dass diese Rechtswidrigkeiten bewusst in Kauf genommen wurden, um die Wahlchancen seiner Liste 7 zu beeinträchtigen.

Zunächst wurden in das Wählerverzeichnis der Sonderwahlbehörde entgegen § 34 TGWO auch rund 50 Wahlberechtigte, die ohne weiteres das zuständige

Wahllokal hätten aufsuchen können, aufgenommen, nämlich ausnahmslos alle Insassen (rund 60 Personen) des Altersheims F. Nur rund zehn Personen, die in dieses Wählerverzeichnis aufgenommen wurden, waren aus Alters- oder Krankheitsgründen nicht dazu in der Lage, ihr Wahlrecht im Wahllokal auszuüben, die Übrigen haben zu Unrecht ihre Stimme im Rahmen der Stimmabgabe vor der Sonderwahlbehörde abgegeben. Die Aufnahme in das Wählerverzeichnis erfolgte gesetzwidrig auch offensichtlich nicht auf Antrag, sondern von Amts wegen.

Im Rahmen der Stimmabgabe wurden weiters die Bestimmungen der §§ 53 ff TGWO nicht eingehalten. Für das Altersheim war, obwohl § 53 TGWO das ausdrücklich vorsieht, kein eigener Wahlsprengel gebildet. In einem solchen hätten die gehfähigen Bewohner ihre Stimme im Wahllokal abzugeben gehabt. Anlässlich der Stimmabgabe begab sich nun die Sonderwahlbehörde ins Altersheim, es wurden in der Folge alle gehfähigen Bewohner allein vom Sprengelwahlleiter ohne Beisein der Beisitzer in ihren Zimmern aufgesucht, zur Wahl zugelassen und keinerlei Vorkehrungen getroffen, die im § 54 TGWO vorgesehen sind, um das Wahlgeheimnis zu wahren. Im Gegenteil: Nicht etwa die Sonderwahlbehörde insgesamt begab sich zur Stimmabgabe in die Zimmer sowohl der gehfähigen als auch der bettlägerigen Bewohner, sondern nur der Sprengelwahlleiter. Es wurde kein Wandschirm oder dergleichen aufgestellt und nur der Sprengelwahlleiter nahm die Stimmen entgegen, wobei die Wählerinnen und Wähler vor den Augen des Wahlleiters ihr Kreuz zu machen hatten, was in eklatanter Weise gegen das Gesetz verstößt. Weder war das Wahlgeheimnis gewahrt, noch wurde dem Gesetzesbefehl der Stimmabgabe vor der Wahlbehörde entsprochen. Dem Zustellungsbevollmächtigten der Liste 7 wurde der Zutritt zur Wahlhandlung verwehrt. Gerade in Altersheimen kommt es sehr darauf an, auch nicht den geringsten Eindruck eines Druckes auf die Bewohner, die sich der Mehrheitspartei in einer Gemeinde naturgemäß, weil sie mit ihr den Heimerhalter gleichsetzen, verpflichtet fühlen, zu erwecken, weshalb der gegenständliche Vorgang die Stimmabgabe gesetzwidrig macht. Darüber hinaus haben ca. 50 Personen ihre Stimme auf diese Weise abgegeben, denen Gelegenheit gegeben hätte werden müssen, im Wahllokal geheim abzustimmen. Bei 62 abgegebenen Stimmen ist ein entscheidender Einfluss auf das Wahlergebnis insbesondere im Hinblick auf die bereits eingangs erwähnte Altersstruktur nahe liegend.“

Die Gemeindevahlbehörde hält dem in ihrer Gegenschrift Folgendes entgegen:

„Bis zum Jahre 1996 wurden die Wahlsprengel in F. in fünf Wahlsprengel und in eine Sonderwahlbehörde eingeteilt, wobei der Wahlsprengel 5 im Altenwohnheim ausschließlich für die Bewohner des Altenwohnheimes eingerichtet war. Die Mitglieder der Wahlbehörde 5 und jene der Sonderwahlbehörde waren immer identisch, sodass die Mitglieder der Wahlbehörde 5 nach Beendigung der Wahlhandlung im Altenwohnheim und der Auszählung des Ergebnisses die Aufgabe der Sonderwahlbehörde übernahmen. Da im Gesetz grundsätzlich nicht vorgesehen ist, dass eine Wahlbehörde die Aufgaben einer Sprengel- und einer Sonderwahlbehörde übernimmt und die Einrichtung einer Wahlbehörde ausschließlich für die Bewohner des Altenwohnheimes aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht mehr zweckmäßig erschien, wurde im Jahr 1998 nach Beratung im Gemeinderat und in der Gemeindevahlbehörde der Beschluss gefasst, dass es den Bewohnern des Altenwohnheimes nach wie vor ermöglicht werden sollte, im Altenwohnheim ihre Stimme abzugeben. Somit wurde der Beschluss gefasst, dass die Bewohner des Altenwohnheimes in Zukunft von der Sonderwahlbehörde aufgesucht werden; diesem Beschluss ist auch die Gemeindevahlbehörde in ihrer Sitzung am 2. Dezember 2003 wieder gefolgt; diese Sprengelteilung hat einerseits den Vorteil, dass das Wahlverhalten der Wähler in einer kleinen Wahlbehörde mit ca. 40 Stimmen überhaupt nicht mehr nachvollzogen werden kann und somit den Grundsatz des Wahlgeheimnisses fördert, andererseits müssen die Bewohner nicht den oft beschwerlichen Weg in den Wahlsprengel I hinter sich bringen, um wählen zu können. Im Altenwohnheim F. sind ständig zwischen 28 und 34 Personen in der Pflegestation untergebracht, der Rest im Wohnheimbereich. Bei der Gemeinderatswahl waren insgesamt 54 Bewohner des Altenwohnheimes wahlberechtigt, sodass der Weg zu einem Wahlsprengel ca. 20–26 Personen zugemutet hätte werden können. Wenn diese Personen ihr Wahlrecht lieber im zuständigen Wahlsprengel ausgeübt hätten, so wären sie daran keineswegs gehindert worden. Vielmehr wird jedem einzelnen Bewohner vom Leiter des Altenwohnheimes im Vorhinein mitgeteilt, dass die Wahlbehörde am Sonntag wieder ins Altenwohnheim kommt und er seine Stimme im Altenwohnheim abgeben kann. Am Wahltag tritt die Sonderwahlbehörde zusammen und befragt unter Aufsicht des Leiters des Altenwohnheimes jeden Einzelnen, ob er seine Stimme ab-

geben will. Ist dies der Fall, so wird dem Wähler das Wahlkuvert in seinem Zimmer übergeben und die Wahlbehörde entfernt sich aus dem Zimmer, bis der Stimmzettel in das Kuvert gelegt worden ist. Sodann betritt die Wahlbehörde das Zimmer erneut und lässt das Wahlkuvert in die Wahlurne werfen. Jedenfalls wird bei jeder einzelnen Stimmabgabe durch diverse Vorkehrungen und Hilfestellungen darauf geachtet, dass der Wähler die Stimmabgabe unbeobachtet vornehmen kann. Gegenüber der Stimmabgabe im eigenen Wahlsprengel Altenwohnheim, der im Übrigen gemäß § 2 TGWO nur aufgrund einer Kannbestimmung eingerichtet werden kann und keine zwingende Bestimmung darstellt, ergeben sich daher für die Bewohner des Altenwohnheimes, die früher auch zur Hälfte ihre Stimme im Wahlsprengel und zur Hälfte in den Zimmern abgegeben haben, keinerlei Änderungen, die nur im Geringsten einen Einfluss auf das Wahlergebnis haben könnten.

Zu den Ausführungen in der Wahlanfechtung sei angeführt,

- dass die Liste mit Sch. R. im Jahr 1992, als im Altenwohnheim letztmalig ein eigener Sprengel eingerichtet war, insgesamt lediglich drei von 39 abgegebenen Stimmen erhielt und damit die Behauptung, dass die Wählerinnen und Wähler in diesem Bereich aufgrund ihres Alters den 1925 geborenen Erstgereihten der Beschwerdeführerin ganz besonders schätzen, völlig ins Leere geht (der Beschwerdeführer hatte damals mit 66 Jahren auch schon ein Alter, mit dem man vermuten könnte, dass ihn ältere Wähler, die ihn schätzen, eher wählen würden, was jedoch nicht der Fall war);
 - dass die Aufnahme der Insassen des Altenwohnheimes in das Verzeichnis der Sonderwahlbehörde de facto auf Antrag des Leiters des Altenwohnheimes erfolgt und die Bewohner davon im Vorhinein in Kenntnis gesetzt werden; sollte jemand den Wunsch äußern, im zuständigen Sprengel wählen zu wollen, so würde diese Person nicht in das Verzeichnis der Sonderwahlbehörde aufgenommen. Die Aufnahme in dieses Verzeichnis erfolgt daher über mündlichen Antrag des Leiters des Altenwohnheimes genau so wie es im Gesetz vorgesehen ist und wie auch ein naher Angehöriger für seinen Angehörigen, der von der Sonderwahlbehörde aufzusuchen ist, einen Antrag auf Aufnahme in das Verzeichnis für bettlägrige Wähler mündlich einbringen kann. Die Aufnahme in dieses Wählerverzeichnis erfolgte daher zurecht und hatte keinerlei Auswirkungen auf das Wahlverhalten oder
- das Wahlergebnis – im Gegenteil – durch die Möglichkeit der Stimmabgabe vor der Sonderwahlbehörde wird der Grundsatz des Wahlgeheimnisses im Verhältnis zur Einrichtung eines eigenen Wahlsprengels im Altenwohnheim wesentlich verbessert;
- dass weder § 53 noch § 2 TGWO vorsieht, dass für Altenwohnheime eigene Wahlsprengel gebildet werden müssen;
 - dass in keinem Fall der Wahlleiter der Sonderwahlbehörde die Wähler ohne Beisein der Beisitzer in ihren Zimmern aufgesucht hat, sondern die Stimmabgabe entsprechend den oben beschriebenen Ausführungen und entsprechend den Bestimmungen des § 54 TGWO vorgenommen wurde;
 - dass dem Zustellungsbevollmächtigten der Liste 7 der Zutritt verweigert wurde, weil er sich nur für die Wahlsprengel I, II, III und IV, nicht jedoch für die Sonderwahlbehörde als Vertrauensperson genannt hat. Hätte er sich auch für die Sonderwahlbehörde als Vertrauensperson genannt, wäre er naturgemäß bei der Wahlhandlung dabei gewesen und müsste nicht mit Vermutungen nach einem wahlwidrigen Verhalten suchen;
 - dass schon allein durch die Tatsache, dass die Sonderwahlbehörde aus Mitgliedern von ÖVP und SPÖ bestand (16 von 17 Gemeinderäten gehörten diesen Fraktionen an), Vorkehrung getroffen wurde, dass die geheime Abstimmung jedes Wählers bestmöglich erfüllt wird.
- Aus diesen Gründen kann es durch die Stimmabgabe der Bewohner des Altenwohnheimes vor der Sonderwahlbehörde zu keinem Einfluss auf das Wahlergebnis gekommen sein.“

Der Gegenschrift ist eine „Erklärung der Sonderwahlbehörde (die von den Mitgliedern dieser Behörde unterfertigt ist) zur Stimmabgabe der Wähler bei den Gemeinderatswahlen am 7. März 2004“ angeschlossen, die wie folgt lautet:

„Am Wahltag ist die Sonderwahlbehörde um 7.30 Uhr zusammen getreten und hat sich zuerst ins Altenwohnheim begeben. Der Pflegedienstleiter des Altenwohnheimes befragte gemeinsam mit der Wahlbehörde jeden Einzelnen, ob er seine Stimme abgeben will. Wollte der Wahlberechtigte seine Stimme abgeben, so wurde ihm das Wahlkuvert in seinem Zimmer übergeben und die Wahlbehörde entfernte sich aus dem Zimmer, bis der Stimmzettel in das Kuvert gelegt wurde. Sodann betrat die Wahlbehörde das Zimmer erneut und ließ das Wahl-

kuvert in die Wahlurne werfen. Bei Personen, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes nicht ansprechbar waren, haben der Leiter der Pflegestation und die Sonderwahlbehörde entschieden, dass diese Personen nicht wählen wollten bzw. konnten diese Personen aufgrund ihres Gesundheitszustandes ihre Stimme nicht abgeben. Dies war bei insgesamt sieben Personen der Fall.

Es wurde bei jeder einzelnen Stimmabgabe sowohl im Altenwohnheim als auch bei den anderen bettlägerigen Personen durch diverse Vorkehrungen und Hilfestellungen besonders darauf geachtet, dass der Wähler die Stimmabgabe unbeobachtet vornehmen konnte und das Wahlgeheimnis gewahrt wurde. In keinem Fall waren Mitglieder der Sonderwahlbehörde bei der Stimmabgabe im Zimmer des Wählers.“

Die anfechtende Partei ist mit ihrem oben wiedergegebenen Vorbringen aufgrund der nachstehenden Überlegungen im Recht.

Im vorliegenden Zusammenhang sind die nachfolgend – z. T. bloß auszugsweise – wiedergegebenen Bestimmungen der TGWO von Bedeutung:

„§ 2

Wahlsprenzel

(1) Jede Gemeinde bildet mindestens einen Wahlsprenzel.

(2) In Gemeinden mit mehr als 500 Wahlberechtigten oder mit größerer räumlicher Ausdehnung kann die Gemeindewahlbehörde mehrere Wahlsprenzel bilden, um den Wahlberechtigten die Ausübung des Wahlrechtes zu erleichtern. Weiters kann die Gemeindewahlbehörde für Krankenanstalten, Heime und ähnliche Einrichtungen Wahlsprenzel bilden.

(3) Ein Wahlsprenzel nach Abs. 2 darf in der Regel nicht weniger als 30 und nicht mehr als 1.000 Wahlberechtigte umfassen.

§ 15

Sonderwahlbehörden

(1) In jeder Gemeinde ist mindestens eine Sonderwahlbehörde für die Ausübung des Wahlrechtes durch Wahlberechtigte, denen es aus Alters-, Krankheits- oder ähnlichen Gründen nicht möglich ist, ihr Wahlrecht in einem Wahllokal auszuüben, zu bilden. Bei Bedarf kann die Gemeindewahlbehörde mehrere Sonderwahlbehörden bilden. In diesem Fall hat sie für jede Sonderwahlbehörde den Bereich festzulegen, in dem diese ihre Tätigkeit auszuüben hat.

§ 25

Ort der Eintragung

(1) Jeder Wahlberechtigte ist in das Wählerverzeichnis jenes Wahlsprenzels einzutragen, in dem er am Stichtag seinen Hauptwohnsitz hat.

(2) Jeder Wahlberechtigte darf in einer Gemeinde nur in einem Wählerverzeichnis eingetragen sein.

§ 33

Teilnahme an der Wahl, Ort der Ausübung des Wahlrechtes

(1) An der Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters dürfen nur Wahlberechtigte teilnehmen, deren Namen in den abgeschlossenen Wählerverzeichnissen enthalten sind.

(3) Jeder Wahlberechtigte hat sein Wahlrecht grundsätzlich im Wahllokal jenes Wahlsprenzels auszuüben, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist, soweit im § 53 Abs. 2 und im § 54 nichts anderes bestimmt ist.

§ 34

Antrag auf Ausübung des Wahlrechtes vor Sonderwahlbehörden

(1) Anspruch auf Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde haben Wahlberechtigte, denen es aus Alters-, Krankheits- oder ähnlichen Gründen am Wahltag nicht möglich ist, ihr Wahlrecht im zuständigen Wahllokal auszuüben.

(2) Der Antrag auf Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde ist spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag mündlich oder schriftlich bei der Gemeinde zu stellen. Im Antrag sind der Grund nach Abs. 1 und der genaue Ort, an dem der Wahlberechtigte von der Sonderwahlbehörde aufgesucht werden soll, anzugeben. Im Zweifelsfalle hat der Wahlberechtigte das Vorliegen eines Grundes nach Abs. 1 oder die medizinische Unbedenklichkeit der Ausübung des Wahlrechtes nachzuweisen.

(3) Die Sonderwahlbehörde ist nicht verpflichtet, Wahlberechtigte am Wahltag aufzusuchen, wenn der im Antrag nach Abs. 2 angegebene Ort insbesondere infolge der am Wahltag bestehenden Straßen- oder Witterungsverhältnisse schwer oder gar nicht erreichbar ist, oder wenn das Aufsuchen des Wahlberechtigten mit einer Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Mitglieder der Sonderwahlbehörde verbunden oder aus sonstigen triftigen Gründen innerhalb der Wahlzeit nicht möglich ist.

(4) Der Antragsteller ist rechtzeitig auf geeignete Weise davon zu verständigen, ob er sein Wahlrecht vor der Sonderwahlbehörde ausüben kann oder nicht.

(5) Die Gemeinde hat die Namen der Wahlberechtigten, die von der Sonderwahlbehörde aufzusuchen sind, und ihren Aufenthaltsort am Wahltag in ein Verzeichnis aufzunehmen und im Wählerverzeichnis beim betreffenden Wahlberechtigten in der Spalte ‚Anmerkung‘ das Wort ‚Sonderwahlbehörde‘ einzutragen. Das Verzeichnis ist spätestens am zweiten Tag vor dem Wahltag der zuständigen Sonderwahlbehörde zu übermitteln.

(6) Wahlberechtigte, die in einem Verzeichnis nach Abs. 5 eingetragen sind, dürfen ihr Wahlrecht nur vor der Sonderwahlbehörde ausüben. Fällt der Grund nach Abs. 1 noch vor dem Wahltag weg, so hat der Wahlberechtigte die Gemeinde hievon unverzüglich zu verständigen. Dies gilt auch, wenn der Wahlberechtigte aus wichtigen, insbesondere medizinischen Gründen, sein Wahlrecht nicht ausüben kann. In diesem Fall ist der Wahlberechtigte aus dem Verzeichnis nach Abs. 5 zu streichen. Ebenso ist im Wählerverzeichnis beim betreffenden Wahlberechtigten das Wort ‚Sonderwahlbehörde‘ zu streichen.

§ 53

Ausübung des Wahlrechtes in Krankenanstalten, Heimen und ähnlichen Einrichtungen

(1) In den für Krankenanstalten, Heime und ähnliche Einrichtungen gebildeten Wahlsprengeln haben die Wahlberechtigten, soweit sie dazu in der Lage sind, ihr Wahlrecht im Wahllokal dieses Wahlsprengels auszuüben.

(2) Die nach Abs. 1 zuständige Sprengelwahlbehörde hat sich mit ihren Hilfsorganen und den Vertrauenspersonen zum Zweck der Stimmabgabe durch die übrigen Wahlberechtigten auch in deren Liegeräume zu begeben.

(3) Bei der Durchführung der Wahlhandlung nach Abs. 2 ist durch entsprechende Einrichtungen dafür zu sorgen, dass der Wähler unbeobachtet die Stimmzettel ausfüllen und in das Wahlkuvert legen kann. Der Vorgang der Stimmabgabe ist in der Niederschrift zu beurkunden.

(4) In Anstalten unter ärztlicher Leitung kann diese den einzelnen Wahlberechtigten die Ausübung des Wahlrechtes aus wichtigen medizinischen Gründen untersagen.

§ 54

Ausübung des Wahlrechtes vor Sonderwahlbehörden

(1) Die Sonderwahlbehörde hat außer in den im § 34 Abs. 3 angeführten Fällen während der Wahlzeit jene

Wahlberechtigten aufzusuchen, die im Verzeichnis nach § 34 Abs. 5 angeführt sind.

(2) Auf die Stimmabgabe vor der Sonderwahlbehörde ist § 52 (betreffend die Stimmabgabe vor den „allgemeinen“ Wahlbehörden) sinngemäß anzuwenden. Insbesondere ist durch geeignete Vorkehrungen, wie das Aufstellen eines Wandschirmes und dergleichen, dafür zu sorgen, dass der Wähler unbeobachtet die Stimmzettel ausfüllen und in das Wahlkuvert legen kann. Der Vorgang der Stimmabgabe ist in der Niederschrift zu beurkunden. Hinsichtlich der Niederschrift ist § 65 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Niederschrift die Bezeichnung des Wahllokales, das Ergebnis der Stimmzählung und die Entscheidung der Wahlbehörde über die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Stimmzetteln nicht zu enthalten hat.

(3) Die Sonderwahlbehörde hat sich nach der Beendigung ihrer Tätigkeit oder nach dem Ablauf der Wahlzeit unverzüglich zur Gemeindevahlbehörde, in Gemeinden, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, zu der von der Gemeindevahlbehörde bestimmten Sprengelwahlbehörde zu begeben und dieser ihren Wahlakt zu übergeben. Die betreffende Wahlbehörde hat die ungeöffnet übernommenen Wahlkuverts noch vor der Öffnung der Wahlurne in diese zu werfen. Der Wahlakt der Sonderwahlbehörde, der aus der Niederschrift, dem Verzeichnis nach § 34 Abs. 5, dem Abstimmungsverzeichnis, der Empfangsbestätigung über die Anzahl der übernommenen amtlichen Stimmzettel und den nicht ausgefolgten amtlichen Stimmzetteln besteht, bildet einen Teil des Wahlaktes der zur Ermittlung des Wahlergebnisses zuständigen Wahlbehörde.“

Bei Auslegung dieser Bestimmungen, im Besonderen auch des § 34 TGWO betreffend den Anspruch auf Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde, sind die Grundsätze anzuwenden, die der Verfassungsgerichtshof in seiner Rechtsprechung zum Wahlverfahren herausgearbeitet hat. Demnach sind die Wahlbehörden durch die Formalvorschriften der Wahlordnungen streng gebunden; die Bestimmungen der Wahlordnung müssen strikt nach ihrem Wortlaut ausgelegt werden, soll nicht der Willkür Tür und Tor geöffnet werden (vgl. z. B. VfSlg. 15.375/1998 mwH).

Ausgehend davon ist es aber evident, dass die von der anfechtenden Partei behauptete, in der Gegenschrift der Gemeindevahlbehörde gar nicht in Abrede gestellte Vorgangsweise bei der Stimmabgabe vor der Sonder-

wahlbehörde gesetzwidrig war: So ist es mit dem – völlig eindeutigen – Wortlaut des § 34 TGWO unvereinbar, Personen zur Ausübung des Wahlrechtes vor der Sonderwahlbehörde zuzulassen, auf die weder die materiellen Voraussetzungen des § 34 Abs. 1, noch die formellen der Abs. 2, 4 und 5 des § 34 TGWO zutreffen. Solche Personen dürfen ihr Wahlrecht vielmehr ausschließlich im Wahllokal des Wahlsprengels ausüben, in dessen Wählerverzeichnis sie eingetragen sind (s. die ebenso eindeutige Regelung des § 33 Abs. 3 TGWO). Die unterlassene Bildung eines eigenen Wahlsprengels für ein Heim im Sinne des § 2 Abs. 1 zweiter Satz i. V. m. § 53 TGWO durch die Bildung einer Sonderwahlbehörde zu „substituieren“ – darauf läuft die von der Gemeindevahlbehörde dargestellte Vorgangsweise nämlich hinaus – und es ins Belieben der/des einzelnen Wählerin/Wählers zu stellen, ob sie/er das Wahlrecht vor der Sonderwahlbehörde ausüben will oder vor der Sprengelwahlbehörde, in deren Wählerverzeichnis sie/er eingetragen ist, ist mit den einschlägigen Regelungen der TGWO nicht zu vereinbaren. Im Hinblick darauf erweisen sich die diesbezüglichen Gesetzwidrigkeitsbehauptungen der anfechtenden Partei als zutreffend, ohne dass auf das weitere – oben wiedergegebene – Vorbringen eingegangen werden musste.

Schließlich ist bei der im vorliegenden Fall gegebenen Sach- und Rechtslage davon auszugehen, dass die solcherart erwiesene Rechtswidrigkeit auch von Einfluss auf das Wahlergebnis sein konnte. Dies deshalb, weil bei der Verletzung einer Vorschrift der Wahlordnung, die – so wie hier – die Möglichkeit von Manipulationen und Missbräuchen im Wahlverfahren ausschließen will, das Vorliegen des eingangs erwähnten Erfordernisses jedenfalls gegeben ist, ohne dass es des Nachweises einer konkreten – das Wahlergebnis tatsächlich verändernden – Manipulation bedürfte (vgl. VfSlg. 15.375/1998 mwH).

Zu

„Richtigstellung“ des Gemeindevorstandes

Dazu bringt die anfechtende Partei in ihrer Anfechtungsschrift Folgendes vor:

„Dem Bürgermeister als Leiter der gesamten Gemeindeverwaltung kommt im Wahlverfahren nach der TGWO eine ganz besondere Stellung zu. Gemäß § 13 leg. cit. ist er ex lege Vorsitzender der Gemeindevahlbehörde und zur Bestellung seines ständigen Vertreters allein zuständig. Gemäß § 14 bestellt er die Vorsitzen-

den der Sprengelwahlbehörden und deren Stellvertreter, ebenso gemäß § 15 die der Sonderwahlbehörden. Er nimmt gemäß § 18 das Gelöbnis strenger Unparteilichkeit entgegen, bestellt gemäß § 19 die Beisitzer und Ersatzmitglieder der örtlichen Wahlbehörden und leitet die Wählerevidenz. Ebenso ist er federführend im Bereich der Abwicklung des gesamten weiteren Wahlverfahrens tätig.

Die besondere Stellung des Bürgermeisters als Gemeindevahlleiter bedingt eine klare Trennung seiner behördlichen Tätigkeit und seiner Position als Wahlwerber.

Im 4. Abschnitt des Gesetzes vom 7. Juli 1994, mit dem die Wahl der Organe der Gemeinde geregelt wird (Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 – TGWO 1994) ist die Wahlwerbung geregelt. Aus den gesamten Bestimmungen der TGWO 1994 ist zu entnehmen, welche Aufgaben den Gemeindeorganen, nämlich dem Bürgermeister und dem Gemeinderat im Rahmen des Wahlverfahrens zukommen. Zu diesen Aufgaben gehört es nicht, in die Wahlwerbung der einzelnen Wählergruppen einzugreifen, diese zu kommentieren, richtig zu stellen oder gar zu verzerren, durch das von den Mitgliedern der Wahlbehörden abgelegte Gelöbnis sind sie zu strenger Unparteilichkeit – gegenüber allen Wahlwerbern – verpflichtet.

Im gegenständlichen Fall haben nun die Gemeindeorgane, und zwar der Gemeindevahlleiter Bürgermeister H. G. und der gesamte Gemeindevorstand in einer Weise in die Wahlwerbung und damit in den Ablauf der Gemeinderatswahlen eingegriffen, die den Aufgaben der Gemeindeorgane anlässlich der Abwicklung einer Gemeinderatswahl widerspricht und, da dieser Eingriff zulasten der Beschwerdeführer ganz offensichtlich eklatante Auswirkungen auf das Wahlverhalten hatte, zur Aufhebung der Gemeinderatswahl führen muss.

Gemäß § 264 StGB macht sich ja sogar strafbar, wer öffentlich eine falsche Nachricht über einen Umstand, der geeignet ist, Wahl- oder Stimmberechtigte von der Ausübung des Wahl- oder Stimmrechts in einem bestimmten Sinn zu veranlassen, zu einer Zeit verbreitet, da eine Gegenäußerung nicht mehr wirksam verbreitet werden kann.

Der Gemeindevahlleiter Bürgermeister H. G. und die übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes der Marktgemeinde F. haben am 4. März 2004 (Donnerstag vor der Gemeinderatswahl) auf dem amtlichen Briefpapier der Marktgemeinde F. mit dem Gemeindevap-

pen, das in dieser Form auch für alle amtlichen Kundmachungen im Zusammenhang mit der Gemeinderatswahl verwendet wurde, auf Kosten der Marktgemeinde F. die dieser Beschwerde beiliegende ‚Richtigstellung des Gemeindevorstandes‘ zu den falschen Aussagen des Sch. R. in seiner Wahlwerbung verbreiten lassen. Die Verbreitung durch die Post erfolgte zu einem Zeitpunkt, als eine Richtigstellung im Postwege nicht mehr möglich war, da die Post, wie dem ebenfalls beiliegenden Auszug aus den AGB der Österreichischen Post AG entnommen werden kann, Info-Post Sendungen nur innerhalb von fünf Werktagen verteilt und nach Auskunft des Postamtes F. sogar ein noch am 4. März 2004 zur Post gegebenes Flugblatt (wenn eine Produktion noch möglich gewesen wäre) erst nach den Gemeinderatswahlen verteilt worden wäre.

Sohin wurde auf offiziellem Briefpapier der Marktgemeinde F., mit dem Gemeindegewappen, mit der Unterschrift des Herrn Bürgermeisters und Gemeindegewahlleiters und der Unterschrift sämtlicher übrigen Gemeindevorstandsmitglieder zu einem Zeitpunkt der Wahlwerber R. Sch. (bezeichnet als Sch. R. und in der gesamten Gemeinde als solcher bekannt) ausdrücklich falscher Aussagen bezichtigt, wobei die im beiliegenden Flugblatt des Gemeindegewahlleiters und der Gemeindevorstandsmitglieder enthaltenen Aussagen zwar im Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof auf ihren Wahrheitsgehalt nicht geprüft werden können, aber in eklatanter Weise wahrheitswidrig sind.

Im Übrigen stellt sich der Vorwurf gegenüber einem Wahlwerber und Spitzenkandidaten, er habe falsche Aussagen getätigt, wenn er in einem amtlichen Schreiben der Gemeinde erhoben und vom Gemeindegewahlleiter sowie allen Mitgliedern des Gemeindevorstandes unterfertigt ist, als eine im Wahlverfahren unzulässige, das Wahlverfahren verfälschende Vorgangsweise zumindest eines Gemeindeorgans, nämlich des Bürgermeisters und Gemeindegewahlleiters dar, die umso schwerer wiegt, weil dem Bürgermeister im Bereich der Abwicklung der Gemeinderatswahlen ganz genaue Aufgaben zugewiesen sind. Im Übrigen haben die Mitglieder der Wahlbehörden das Gelöbnis strenger Unparteilichkeit und gewissenhafter Erfüllung ihrer Amtspflichten abzulegen und ist die vom Gemeindegewahlleiter unterfertigte ‚Richtigstellung‘ mit der den Wahlbehörden auferlegten strengen Unparteilichkeit in keiner Weise zu vereinbaren.

Letztlich wäre der in der Richtigstellung wahrheitswidrig der falschen Aussagen bezichtigte Wahlwerber

R. Sch. dazu in der Lage gewesen, jede einzelne der in der Aussendung des Gemeindegewahlleiters und des Gemeindevorstandes aufgestellten wahrheitswidrigen Behauptungen noch vor der Wahl zu widerlegen, wenn das amtliche Flugblatt nicht erst am Donnerstag vor der Wahl zu einem Zeitpunkt, zu dem eine Reaktion nicht mehr möglich war, zugestellt worden wäre. Die Beschwerdeführer verweisen diesbezüglich auf das ebenfalls beiliegende Flugblatt, das allerdings in Anbetracht der oben bereits geschilderten Umstände nicht mehr vor der Gemeinderatswahl an die Bevölkerung von F. zur Verteilung gebracht werden konnte.

Zusammenfassend ergibt sich, dass durch die Bezeichnung der falschen Aussagen gegenüber einem Wahlwerber durch Organe der Wahlbehörden bzw. durch die mit der Durchführung der Gemeinderatswahl nach dem Gesetz beauftragte Gebietskörperschaft Marktgemeinde F. in mehrfacher Hinsicht gegen die Bestimmungen der TGWO 1994, insbesondere das Objektivitätsgebot, das für den Gemeindegewahlleiter aber auch die übrigen Gemeindeorgane und natürlich für die Gemeinde selbst gilt, verstoßen wurde und dass der Gemeindegewahlleiter und Bürgermeister und die Marktgemeinde F. durch ihren Gemeindevorstand zu einem Zeitpunkt, zu dem eine Richtigstellung nicht mehr möglich war, falsche Aussagen verbreitet haben, die, wie sich aus dem Ergebnis zeigt, in entscheidender Weise das Wahlergebnis verfälscht und zur Folge gehabt haben, dass zumindest der Listenführer der Beschwerdeführerin, der langjähriges Mitglied des Gemeinderates war, nicht mehr gewählt wurde.“

Die Gemeindegewahlbehörde hält dem in ihrer Gegensehrift Folgendes entgegen:

„Wie in der Wahlanfechtung richtigerweise angeführt ist, regelt der 4. Abschnitt der TGWO die Bestimmungen über die Wahlwerbung; darunter fällt:

- gemäß § 35 die Kundmachung der Anzahl der zu wählenden Gemeinderatsmitglieder sowie die Voraussetzungen für die Einbringung der Wahlvorschläge,
- gemäß § 36 Bestimmungen über die Unterscheidbarkeit von Wählergruppen,
- gemäß § 37 Bestimmungen über die Koppelung von Wahlvorschlägen,
- gemäß § 38 Bestimmungen über die Zurückziehung von Wahlvorschlägen bzw. Zustimmungserklärungen und Unterschriften,

- gemäß § 39 Bestimmungen über die Einbringung von Ersatzvorschlägen, Ergänzungsvorschlägen und Änderungen des Wahlvorschlages,
- gemäß § 40 die Kundmachung über die Voraussetzungen für die Einbringung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Bürgermeisters sowie die Voraussetzungen für die Einbringung,
- gemäß § 41 Bestimmungen über die Zurückziehung der Zustimmungserklärung, über den Tod oder Verlust der Wählbarkeit eines Wahlwerbers für die Wahl des Bürgermeisters sowie Bestimmungen über die Zurückziehung eines Wahlvorschlages für die Wahl des Bürgermeisters,
- gemäß § 42 Bestimmungen über die Prüfung der Wahlvorschläge und der eingebrachten Koppelungen sowie über die Behebung von Mängeln,
- gemäß § 43 Bestimmungen über die endgültige Prüfung der Wahlvorschläge,
- gemäß § 44 die Entscheidung über die Wahlvorschläge und die Koppelungen und
- gemäß § 45 die Kundmachung der Wahlvorschläge und der Koppelungen.

In all diesen Angelegenheiten der Wahlwerbung – genauso wie in allen anderen in der TGWO geregelten Bestimmungen über das Wahlverfahren – handelt der Bürgermeister als Wahlleiter entsprechend den Bestimmungen der TGWO in strenger Unparteilichkeit.

In allen anderen in der TGWO nicht geregelten Angelegenheiten der Wahlwerbung – wie dies auch für die vom Beschwerdeführer angeführte Richtigstellung des Gemeindevorstandes zutrifft – ist der Bürgermeister entweder als Organ der Gemeinde bzw. des Gemeindevorstandes entsprechend den Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung anzusehen oder als Zustellungsbevollmächtigter seiner wahlwerbenden Liste genauso zu betrachten wie der wahlwerbende Beschwerdeführer selbst. Er hat demzufolge sowohl als Bürgermeister als auch als Zustellungsbevollmächtigter seiner wahlwerbenden Partei das Recht, über das Gemeindegesehen in all seinen Bereichen zu berichten, unabhängig davon, ob ein anderer Wahlwerber über dieselben Themen innerhalb seiner Wahlwerbung berichtet. Berichte über das Gemeindegesehen können natürlich auch Richtigstellungen von in der Öffentlichkeit falsch dargestellten Sachverhalten beinhalten. Abweichungen gegenüber dem Tätigwerden als Bürgermeister und dem Tätigwer-

den als wahlwerbende Partei ergeben sich allenfalls in der Berechtigung der Nutzung des Gemeindegewappens und des Gemeindebriefkopfes. Handelt es sich um eine offizielle Richtigstellung, so wird der Bürgermeister auch den Gemeindebriefkopf und das Gemeindegewappen verwenden dürfen, davon ist man im vorliegenden Fall ausgegangen; handelt es sich jedoch – wie in der Wahlanfechtung behauptet – um eine Wahlwerbung, so ist allenfalls eine unberechtigte Nutzung des Gemeindegewappens zu unterstellen, nicht jedoch eine Rechtswidrigkeit, die mit den Bestimmungen der TGWO unvereinbar ist.

Es muss sich bei solchen Richtigstellungen also nicht zwingender Weise um Wahlwerbung handeln, insbesondere dann nicht, wenn die Information an die Bürger und nicht ausdrücklich an die Wähler gerichtet ist und insbesondere auch dann nicht, wenn die Information im Vordergrund steht und kein Wähler aufgefordert wird, seine Stimme für eine gewisse Partei abzugeben oder auch für eine gewisse Partei nicht abzugeben. Daher handelte es sich bei der Richtigstellung des Gemeindevorstandes auch laut Ansicht der Gemeindegewahlbehörde um keine Wahlwerbung, sondern um eine Richtigstellung von Tatsachen im öffentlichen Interesse, um kein falsches Bild von der Arbeit des gesamten Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung zu erwecken. Und um dieses öffentliche Interesse an der Richtigstellung der Gemeindegewahl zu dokumentieren, hat sich der Gemeindevorstand gemeinsam und außerhalb der Wahlwerbung dazu entschlossen, die Richtigstellung in offizieller Form vorzunehmen. Auch hat der Gemeindevorstand in der Richtigstellung ausdrücklich betont, dass dem Listenführer der Liste 7 der Einzug in den neuen Gemeinderat ohne weiteres wieder gegönnt wird und die Richtigstellung nur erfolgen musste, weil der Listenführer der Liste 7 einige Angelegenheiten des Gemeindegesehens falsch dargestellt hat. Wenn die Verbreitung falscher Nachrichten entsprechend den Bestimmungen des StGB zu einer Zeit, da eine Gegenäußerung nicht mehr wirksam verbreitet werden kann, strafbar ist, dann kann es umgekehrt doch nicht der Fall sein, dass eine Richtigstellung, die ohne weiteres bewiesen werden kann und wofür der gesamte Gemeindevorstand mit seiner Unterschrift haftet, zu einer Aufhebung einer Gemeinderatswahl führt. Es kann in einem Rechtsstaat doch nicht sein, dass es erlaubt ist Unwahrheiten zu verbreiten und diejenigen bestraft werden, die mit Informationen an die Bürger diese Unwahrheiten richtig stellen.

Wenn in der Wahlanfechtung weiters davon gesprochen wird, dass es nicht zu den Aufgaben des Bürgermeisters gehört, in die Wahlwerbung der einzelnen Wählergruppen einzugreifen, diese zu kommentieren, richtig zu stellen oder gar zu verzerren, so wäre ein Bürgermeister mit seiner Liste in seinem Recht auf Wahlwerbung mehr eingeschränkt als jeder andere Wahlwerber. Schon allein eine derartige Auslegung des Gesetzes ist daher unmöglich. Wenn nun in weiterer Folge vom Beschwerdeführer vorgeworfen wird, dass der Bürgermeister und die weiteren Gemeindevorstandsmitglieder alle gemeinsam in die Wahlwerbung eingegriffen haben, so ist dies nur ein Ausdruck dafür, dass alle übrigen im Gemeinderat vertretenen Parteien (und somit mehrere wahlwerbende Parteien gemeinsam) der Bevölkerung mitteilen wollten, dass einige Inhalte der Wahlwerbung des Listenführers der Liste 7 so weit weg von jeglicher Realität waren, dass gemeinsam eine objektive Richtigstellung zweckdienlich schien. Diese Richtigstellung hätte der Bürgermeister alleine oder der Bürgermeister mit seiner wahlwerbenden Liste genauso machen können wie eben jede einzelne wahlwerbende Liste in einem gesonderten Schreiben oder der Gemeindevorstand, dem es im Gesetz nirgendwo verboten wird, Tatsachen, die in der Öffentlichkeit falsch dargestellt werden, richtig zu stellen.

Und sollte diese Richtigstellung dennoch als Wahlwerbung ausgelegt werden, so wird es in der Wahlwerbung und auch auf das Ergebnis der Gemeinderatswahlen keinen Unterschied machen, ob mehrere Parteien einzeln die notwendigen Richtigstellungen vor der Wahl vornehmen oder ob es der Gemeindevorstand ist, in dem die Vertreter von drei wahlwerbenden Parteien sitzen.

Diesfalls könnte das Schreiben des Gemeindevorstandes durch die Nutzung des Gemeindebriefkopfes bzw. des Gemeindevappens allenfalls als Übertretung der Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung gesehen werden, nie jedoch als Wahlwerbung, die einen Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt hätte, weil auch entsprechende Richtigstellungen aller einzelnen im Gemeinderat vertretenen wahlwerbenden Parteien dieselben Auswirkungen auf das Wahlergebnis gehabt hätten.

Auf die Bestimmungen des § 264 StGB muss nicht näher eingegangen werden, weil es sich um eine korrekte objektive Richtigstellung von Tatsachen gehandelt hat.

Zum Zeitpunkt der Herausgabe der Richtigstellung sei bemerkt, dass die Wahlwerbung der Liste 7 am 1. oder 2. März den Haushalten zugesandt wurde. Somit war es

dem Gemeindevorstand auch nicht oder kaum möglich, die Richtigstellung einen Tag früher vorzunehmen. Die Kosten des Postwurfes übernahmen die Mitglieder des Gemeindevorstandes selbst, weil keiner wollte, dass auch nur der Anschein entsteht, dass – sollte diese Richtigstellung als Wahlwerbung ausgelegt werden – hierfür öffentliche Mittel verwendet würden.

Weiters führt der Beschwerdeführer an, dass der Vorwurf des Gemeindevorstandes gegenüber einem Wahlwerber und Spitzenkandidaten, er habe falsche Aussagen getätigt, eine im Wahlverfahren unzulässige, das Wahlverfahren verfälschende Vorgangsweise zumindest eines Gemeindeorgans, nämlich des Bürgermeisters und Gemeindevorstandes darstelle und diese Richtigstellung mit der den Wahlbehörden auferlegten strengen Unparteilichkeit in keiner Weise zu vereinbaren sei. Dazu sei nochmals auf die eingangs erwähnten Bestimmungen der TGWO hinsichtlich der Wahlwerbung verwiesen; alle in der TGWO enthaltenen Bestimmungen über die Abwicklung des gesamten Wahlverfahrens hat der Bürgermeister in strenger Unparteilichkeit wahrgenommen. Über die Zuständigkeit der TGWO hinausgehende Berichte oder Richtigstellungen zum Gemeindegesehehen darf oder soll der Bürgermeister sogar verfassen, wenn diese zur Aufklärung der Wahrheit dienen und damit die Bürger vor Irrtum schützen.

Letztlich sei noch zur Gegenäußerung des Beschwerdeführers nach der erfolgten Gemeinderatswahl Stellung genommen, die keineswegs die vom Gemeindevorstand vorgenommene Richtigstellung widerlegt, sondern wiederum von Zahlen spricht, die weit weg von jeder Realität sind.

Zusammenfassend ergibt sich, dass sowohl die Gemeindevorstandesbehörde als auch die Sonderwahlbehörde entsprechend den Bestimmungen der TGWO gehandelt hat, dass sich der Gemeindevorstand in der Richtigstellung an die Bürger und nicht an die Wähler gewandt hat, dass der Gemeindevorstand auch nicht für oder gegen die Stimmabgabe an eine bestimmte Partei geworben und damit keine Wahlwerbung betrieben hat und dass es dem Gemeindevorstand nicht verboten ist, die Bürger über bestimmte Angelegenheiten des Gemeindegesehens aufzuklären.“

Aus den nachstehenden Erwägungen ist die anfechtende Partei mit dem wiedergegebenen Vorbringen im Recht.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (vgl. etwa VfSlg. 3000/1956, 4527/1963, 13.839/1994 und 14.371/1995) liegt den Art. 26, 95 und 117 Abs. 2 B-VG das Prinzip der Freiheit der Wahlen (zum Nationalrat, zu den Landtagen und zu den Gemeinderäten) zugrunde (vgl. darüber hinaus die ausdrücklichen Regelungen betreffend das freie Wahlrecht in den – im Verfassungsrang stehenden – Bestimmungen des Art. 8 des StV Wien sowie des Art. 3 des 1. ZPEMRK).

Aus dem Grundsatz des freien Wahlrechtes wird insbesondere auch die Freiheit der Wahlwerbung abgeleitet. Demnach darf die Wahlwerbung nicht sinnwidrig beschränkt und der Wähler in der Freiheit seiner Wahl nicht in rechtlicher oder faktischer Weise beeinträchtigt werden (vgl. VfSlg. 3000/1956, 4527/1963, 7821/1976, 13.839/1994, 14.371/1995).

Durch den in der Anfechtungsschrift als rechtswidrig gerügten Vorgang im Zusammenhang mit der Aussendung des Gemeindevorstandes der Marktgemeinde F. an alle Haushalte in dieser Gemeinde wurde die verfassungsgesetzlich verbürgte Freiheit der Wahlen verletzt.

Das ergibt sich aus folgenden Überlegungen:

Die Aussendung trägt die Merkmale eines „amtlichen“ Schreibens der Marktgemeinde F., nämlich im Briefkopf den Aufdruck „Marktgemeinde F.“ sowie das Gemeindegewappen und die Fertigungsklausel „Bürgermeister“ bzw. „Bürgermeister-Stellv.“ bzw. „Gemeindevorstand“, jeweils unter Angabe des Vor- und Familiennamens des Amtsträgers sowie unter Beifügung seiner Unterschrift. Damit ist diese Aussendung aber ihrem Erscheinungsbild nach eine solche eines Gemeindeorganes und nicht etwa eine – im Rahmen der Wahlwerbung übliche – (Meinungs-)Äußerung von Personen, die erkennbar als Repräsentanten einer (wahlwerbenden) Partei auftreten, mögen sie daneben auch eine staatliche Funktion oder – so wie hier – eine Gemeindefunktion inne haben.

Zudem beschränkt sich der Text der Aussendung auch nicht bloß auf eine „Information“ der Wahlberechtigten (vgl. VfSlg. 14.371/1995) oder auf eine „Richtigstellung“ gegenüber der Kritik an bestimmten Maßnahmen des Gemeindevorstandes (vgl. VfSlg. 3000/1956); vielmehr wendet sich die Aussendung mit einzelnen ihrer Aussagen in subjektiv wertender Weise gegen einen bestimmten Wahlwerber. So heißt es etwa einleitend:

„Wir möchten vorausschicken, dass wir – der Gemeindevorstand der Marktgemeinde F. – einem 79-jährigen ohne weiteres noch einmal den Einzug in den Gemeinderat gönnen. Wir glauben auch, dass es der Sch. R. nicht nötig hat, mit falschen Aussagen auf Wählerstimmenfang zu gehen, um nocheinmal in den Gemeinderat zu kommen.“

oder an anderer Stelle:

„Der Tourismusverband sollte kein Wahlthema sein, ...“

Damit nimmt die Aussendung aber Einfluss auf die Wahlwerbung selbst. Dabei ist nämlich auch Folgendes zu berücksichtigen: Gerade der Umstand, dass bei den Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern – anders etwa als bei einer Volksabstimmung, bei der die „Abstimmungsberechtigten ... nicht dazu aufgerufen (sind), eine Wahlpartei und damit Personen zu wählen, sondern über eine von der gewählten gesetzgebenden Körperschaft bereits getroffene Entscheidung einer Sachfrage (positiv oder negativ) abzustimmen“, weshalb eine „Werbung“ für ein positives Abstimmungsergebnis“ durch staatliche Organe in bestimmten Grenzen zulässig ist (s. VfSlg. 13.839/1994) – die Stimmbürger zwischen mehreren Wahlparteien zu entscheiden haben, erfordert ein besonderes Maß an Äquidistanz – hier – der Gemeindeorgane gegenüber den wahlwerbenden Parteien.

Nach Lage des vorliegenden Falles hat daher der Gemeindevorstand, also ein Organ der Gemeinde, mit dieser – wie oben gezeigt – ihm zuzurechnenden Aussendung in unzulässiger Weise Einfluss auf die Wahlwerbung genommen. Angesichts dessen kommt es nicht mehr darauf an, ob die Kosten dieser als „Richtigstellung des Gemeindevorstandes“ bezeichneten Aussendung aus Mitteln der Gemeinde getragen wurden oder von den Mitgliedern des Gemeindevorstandes.

Somit wurde durch die in Rede stehende Aussendung die bundesverfassungsgesetzlich gewährleistete Freiheit der Wahlen verletzt.

Im Hinblick auf die Art der erwiesenen Rechtswidrigkeit ist weiters davon auszugehen, dass diese auf das Wahlergebnis von Einfluss sein konnte.

Der Wahlanfechtung war daher stattzugeben und das Verfahren zur Wahl des Gemeinderates der Marktgemeinde F. am 7. März 2004, von der Wahlausschreibung an (vgl. VfSlg. 3000/1956), aufzuheben.

15.

Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal

In der Budgetplanung 2005 des Gemeindeausgleichsfonds wurden für den Verwendungszweck „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ drei Millionen Euro reserviert, da die Gemeinden im Zusammenhang mit der Errichtung der erforderlichen Ortskanalisation – speziell für entlegene Ortsbereiche – vor große finanzielle Herausforderungen gestellt werden.

Das Geld soll jenen Gemeinden zugute kommen, die trotz zumutbarer Gebühren nicht in der Lage sind, den Gebührenhaushalt Kanal auszugleichen.

Die Bedarfszuweisungen werden unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

1. Die Gemeinde hat angemessene einmalige und laufende Gebühren vorzuschreiben. Im Jahr 2004 sind € 4,30 inkl. USt. je m³ Baumasse an einmaligen und ab dem ersten Ablesezeitpunkt im Jahr 2004 sind € 1,685 inkl. USt. je m³ Wasserbezug über Wasserzähler an laufenden Gebühren vorzuschreiben. Im Jahr 2005 sind € 4,39 inkl. USt. je m³ Baumasse an einmaligen und ab dem ersten Ablesezeitpunkt im Jahr 2005 sind € 1,72 inkl. USt. je m³ Wasserbezug über Wasserzähler an laufenden Gebühren vorzuschreiben. Als Nachweis sind Auszüge aus den Niederschriften über die einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderates und Ablichtungen von deren Kundmachung an der Gemeinde-Amtstafel anzuschließen.

2. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, den Gebührenhaushalt Kanal durch zumutbare einmalige und laufende Gebühren auszugleichen. Als zumutbare einmalige Gebühren gelten die unter Punkt 1 genannten Gebühren. Als zumutbare laufende Gebühren gelten € 2,18 inkl. USt. je m³ Wasserbezug über Wasserzähler. Als Nachweis sind ein Auszug aus der Niederschrift über die Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2004 durch den Gemeinderat, der auf den Gebührenhaushalt Kanal Bezug habende Teil des Rechnungsabschlusses und weitere Kalkulationen anzuschließen. Den weiteren Kalkulationen wird insbesondere der durch die Gemeinde über laufende Gebühren verrechenbare Wasserbezug in m³, im Falle von Mindestgebühren einschließlich einer entsprechenden Korrektur, zu entnehmen sein müssen.

3. Die Zahl der Gemeinden, die in ihren Kanalgebührenordnungen an Bemessungsgrundlagen in m³ anknüpfen (in der Regel Baumasse im Sinne des Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes, in einzelnen Fällen umbauter Raum im Sinne der Ö-Norm B 1.800), überwiegt; deshalb ist in den Punkten 1 und 2 auch von diesen Bemessungsgrundlagen die Rede. Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten hat in der Vergangenheit in jenen Fällen, in denen Gemeinden an Bemessungsgrundlagen in m² anknüpfen (in der Regel verbaute Fläche mal Zahl der Geschosse, in einzelnen Fällen Summe der Bruttogeschossflächen oder eine vergleichbar dem Grundsteuerbefreiungsgesetz 1987 definierte Nutzfläche) die Umrechnung in der Weise vorgenommen, dass die Kubatur durch 3 dividiert wurde, um auf die Fläche in m² zu kommen (beispielsweise 800 m³ : 3 ergaben 267 m²). 3 wurde deshalb genommen, da die Räume insbesondere im zeitgemäßen Wohnbau im Durchschnitt etwa 3 m hoch sind. Sinngemäß wird auch im gewerblich-industriellen Bereich vorzugehen sein. Wegen der Vielfalt der in der Praxis vorkommenden Bemessungsgrundlagen wird mit der dargestellten Methode eine sachlich vertretbare Annäherung erzielt werden können.

4. Der Antrag ist schriftlich, hinsichtlich des auf den Gebührenhaushalt Kanal Bezug habenden Teiles des Rechnungsabschlusses mit dem den gesamten Rechnungsabschluss enthaltenden Datenträger nach Möglichkeit im Wege der automationsunterstützten Datenübertragung, längstens bis 15. April 2005, der Abteilung Gemeindeangelegenheiten vorzulegen.

In der Folge ist folgende weitere Abwicklung vorgesehen:

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten hat den Antrag inhaltlich zu prüfen und nach Tunlichkeit bis Ende Juni 2005 einen Verteilungsvorschlag vorzulegen. Sollte dabei mit dem eingangs vorgesehenen Betrag nicht das Auslangen gefunden werden können, sind die Bedarfszuweisungen im Verhältnis der Finanzkraft II der Gemeinden 2005 zu kürzen und aufzuteilen.

16.

Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2001 bis 2003

	BEZIRKE						INNSBRUCK-STADT						SUMME TIROL						
	2001 (278 G)		2002 (278 G)		2003 (278 G)		2001		2002		2003		2001 (279 G)		2002 (279 G)		2003 (279 G)		
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	
Einwohnerzahl lt. Volkszählung 1991/2001	560.112	1.668	1.004.878.764	1.794	1.027.004.331	1.834	2.777.125.151	2.444	264.314.087	2.331	1.211.344.509	1.798	1.269.192.871	1.884	1.289.955.966	1.915	673.543	1.036.347	
Abgestufte Bevölkerungszahl	771.766	270	183.084.082	327	205.764.716	367	65.349.375	576	42.050.703	371	215.672.529	322	225.134.796	334	239.816.972	356	1.036.347	85.963.094	
Finanzkraft FAG 2001	63.992.427	193	66.565.672	237	67.608.263	264.581	187.500.463	193.974.422	19.914.262	19.914.262	19.914.262	82.742.891	82.742.891	85.963.094	87.522.525	87.522.525	1.036.347	85.963.094	
Ordentliche Einnahmen	934.219.358	1.668	1.004.878.764	1.794	1.027.004.331	1.834	2.777.125.151	2.444	264.314.087	2.331	1.211.344.509	1.798	1.269.192.871	1.884	1.289.955.966	1.915	673.543	1.036.347	
Außerordentliche Einnahmen	151.523.154	270	183.084.082	327	205.764.716	367	65.349.375	576	42.050.703	371	215.672.529	322	225.134.796	334	239.816.972	356	1.036.347	85.963.094	
Gesamteinnahmen	1.085.542.513	1.938	1.187.962.846	2.121	1.232.769.047	2.201	3.442.474.525	3.020	306.364.790	2.702	1.428.017.038	2.120	1.494.337.666	2.219	1.529.772.938	2.271	1.529.772.938	1.036.347	85.963.094
Personalaufwand	184.667.770	330	189.184.009	338	196.133.587	350	55.525.455	490	55.536.163	480	56.449.204	498	240.193.225	357	244.720.172	375	252.582.791	1.036.347	85.963.094
Sachaufwand	730.785.382	1.305	806.008.706	1.439	833.237.321	1.488	2.191.675.504	1.937	208.161.854	1.836	950.460.686	1.411	1.014.170.560	1.506	1.040.988.530	1.546	1.040.988.530	1.036.347	85.963.094
Ordentliche Ausgaben	915.453.151	1.634	995.192.715	1.777	1.029.370.908	1.838	2.752.000.759	2.427	263.698.017	2.326	1.190.653.910	1.768	1.258.890.732	1.869	1.293.571.321	1.921	1.293.571.321	1.036.347	85.963.094
Außerordentliche Ausgaben	157.060.457	280	192.747.306	344	198.945.070	355	65.349.375	576	42.050.703	371	215.672.529	322	225.134.796	334	239.816.972	356	1.036.347	85.963.094	
Gesamtausgaben	1.072.513.608	1.915	1.187.940.022	2.121	1.228.315.978	2.193	3.407.550.133	3.003	305.748.720	2.696	1.406.326.439	2.090	1.484.025.528	2.203	1.533.388.294	2.277	1.533.388.294	1.036.347	85.963.094
von den ordentlichen Einnahmen entfallen auf:																			
9 Grundsteuer A	909.428	2	921.558	2	949.149	2	17.732	0	17.870	0	17.870	0	17.870	1	939.458	1	939.458	1	
10 Grundsteuer B	35.733.305	64	36.709.286	66	38.303.495	68	7.975.989	70	8.181.888	72	8.598.285	76	8.598.285	65	44.891.175	67	46.901.780	70	
11 Gewerbesteuer	856.958	2	-10.080	0	228.826	0	99.489	1	70.536	1	149.047	1	149.047	1	60.456	0	377.873	1	
12 Lohnsummen-Kommunalsteuer	102.845.796	184	112.314.362	201	116.925.350	209	38.079.373	318	37.026.426	327	37.757.392	333	138.925.169	206	149.339.809	222	154.682.741	230	
13 Getränke- und Späßeissteuer	1.895.816	3	1.213.718	2	12.041	0	439.162	4	-58.982	-1	18.661	0	2.334.978	3	1.154.735	2	30.702	0	
14 Vergütungssteuer	1.481.772	3	1.244.363	2	1.162.813	2	2.015.516	18	1.891.123	17	2.006.021	18	3.497.287	5	3.135.506	5	3.168.833	5	
15 Hundesteuer	661.478	1	688.558	1	714.837	1	216.910	2	214.502	2	223.261	2	878.388	1	903.060	1	938.098	1	
16 Ankindeungssteuer	-100.132	0	0	0	6.934	0	6.161	0	-1.184	0	-214	0	-93.971	0	8.098	0	6.720	0	
17 Gebrauchsabgabe	4.108.250	7	3.920.135	7	4.023.480	7	4.725.168	42	5.034.429	44	3.810.323	34	8.834.418	13	8.854.564	13	7.833.904	12	
18 Verwaltungsabgabe	2.536.118	5	3.296.028	6	3.487.709	6	787.490	7	839.042	7	1.214.483	11	3.323.608	5	4.135.070	6	4.702.193	7	
19 Sonstige Gemeindeabgaben	2.237.949	4	2.556.901	5	2.604.246	5	6.062.436	53	6.194.152	55	6.261.517	55	8.300.386	12	8.751.053	13	8.865.763	13	
20 Abgaben nach der TBO	21.702.506	39	24.009.232	43	25.581.705	46	4.662.035	41	4.614.279	41	4.892.980	41	26.364.541	39	28.623.510	42	30.254.684	45	
21 Summe Eigene Steuern + Int.Beträge	174.870.245	312	186.773.474	333	193.980.585	348	63.087.462	556	64.025.080	565	64.742.286	571	237.957.706	353	250.796.494	372	258.729.881	384	
22 Abgabentragsanteile 1)	334.634.201	597	359.754.819	642	348.789.253	623	122.529.814	1.081	115.438.019	1.018	109.866.338	968	457.164.015	679	475.193.838	706	458.655.591	681	
23 Su. Eig. Steuern+Int.Beträge+AEA in % der ordentlichen Einnahmen	509.504.446	910	546.528.233	976	542.769.838	969	185.617.216	1.637	179.462.099	1.563	174.815.634	1.539	695.121.722	1.032	725.990.332	1.078	717.385.472	1.065	
24 Betriebsgebühren nach dem FAG	110.392.288	197	120.529.326	215	123.508.176	221	24.091.481	212	17.662.349	156	16.270.875	143	134.483.769	200	138.191.675	205	139.779.051	208	
25 Bedarfszuschüsse 2)	51.943.998	93	53.553.469	96	54.483.057	97	7.723.378	68	10.938.233	96	8.900.000	86	59.687.376	89	64.491.702	96	64.283.057	95	
26 Summe Zeilen 23 bis 25	671.840.732	1.199	720.611.028	1.287	720.761.071	1.287	219.431.134	1.918	208.062.681	1.835	200.866.509	1.769	889.272.867	1.320	928.673.709	1.379	921.447.580	1.368	
Sonstige Daten:																			
27 Rücklagenstand	98.889.632	177	98.322.174	176	97.598.332	174	33.565.547	296	32.661.262	288	37.781.641	333	132.455.179	197	130.983.436	194	135.379.974	201	
28 Darlehensforderungen	7.811.601	14	10.912.967	19	8.664.909	15	54.687.034	482	44.502.037	392	35.862.601	316	62.598.635	93	55.415.024	82	44.527.510	66	
29 Schuldtzinsen	25.950.748	46	23.900.229	42	18.821.512	36	1.962.064	13	1.537.675	11	1.149.387	9	24.827.905	19	24.827.905	19	19.970.899	17	
30 Schuldentilgung ohne Betriebe	38.826.842	69	43.236.989	77	45.581.432	81	8.085.216	71	6.331.142	56	6.042.789	53	46.912.059	70	49.588.130	74	51.604.222	77	
31 Schuldenstand	702.739.011	1.255	701.867.481	1.253	718.085.573	1.282	37.530.834	331	33.946.992	299	32.199.479	284	740.269.845	1.099	735.814.472	1.083	750.285.053	1.114	
32 Erwerb bewegliches Vermögen	21.986.730	40	25.311.958	48	27.749.370	52	5.237.967	33	6.567.358	34	4.350.037	27	22.224.697	31	31.879.316	32	32.099.467	31	
33 Erwerb unbewegliches Vermögen	189.201.544	327	204.006.926	344	230.662.300	330	17.658.990	11	22.438.916	11	14.114.161	11	188.860.534	226	244.445.842	244	244.776.461	241	
34 Kapitaltransferschaltungen	34.413.494	61	40.032.186	68	44.783.696	68	33.263.156	15	18.609.842	15	24.884.900	15	67.676.649	58	58.642.028	58	69.688.956	58	
35 Vermögen (Su. Zeilen 32-34)	225.601.767	403	269.351.070	481	303.195.366	541	56.160.113	495	47.616.116	420	43.549.158	382	281.761.880	418	316.967.186	471	346.544.524	515	
36 Zuführung an Rücklagen	35.544.647	64	29.016.697	61	29.445.393	61	9.515.563	33	9.646.023	33	6.007.596	33	45.060.209	33	38.664.720	33	35.452.989	33	
37 Zuführung an a.o. Haushalt	40.287.276	71	44.119.763	73	51.289.694	73	18.533.971	11	5.950.000	11	6.666.000	11	58.821.247	11	49.989.763	11	57.854.694	11	
38 Darlehensaufnahmen	58.403.014	101	56.375.555	101	82.080.952	101	310.804	1	2.747.300	1	144.570	1	58.713.618	1	59.122.955	1	82.225.132	1	
39 Zahl der Beamten	357	3	346	3	330	3	433	4	412	4	393	4	790	4	758	4	723	4	
40 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	5.397	10	5.491	11	5.499	11	1.147	1	1.152	1	1.132	1	6.544	1	6.643	1	6.631	1	
41 Summe ständig Bedienstete	5.754	13	5.837	14	5.830	14	1.580	5	1.564	5	1.525	5	7.334	5	7.401	5	7.355	5	

Anmerkung: 1) mit Spielbankabgabe Seefeld i.T., Kitzbühel, Innsbruck-Stadt; 2) lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeindegeldentheiten (inkl. BDZWF für Kat-Schaden+Abwasserbeseitigung).

17.

Erhebung über die Gemeindeabgarung 2003 der Statistik Österreich: Bezirksübersichten und Landesübersicht

Table with 15 columns: Bezirk-Anzahl der Gemeinden, Inmt - 24-G, Ibk-Land- 65-G, Klblbnhei - 20-G, Kufstein- 30-G, Landeck- 30-G, Lienz- 33-G, Reutte - 37-G, Schwarz 39-G, Su. Bezirke- 278-G, Ibk-Stadt - 1-G, Summe Tirol 279-G. Rows include categories like Einwohnerzahl, Grundsteuer, Gewerbesteuer, etc.

Anmerkung: 1) inkl. Getränkesteuer ausgleich und Spielbankabgabe; 2) lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeindeangelegenheiten (inkl. BÖZM für Kai-Schlöden-Abwasserabseilung).

18.

Wann fallen öffentliche Parkplätze/Parkgaragen unter die Bestimmungen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVP-G) 2000

Öffentliche Parkplätze oder Parkgaragen können Teile eines Vorhabens sein, das unter anderem auch baurechtlichen Bestimmungen unterliegt. Unter bestimmten Umständen sind öffentlich zugängliche Parkplätze oder Parkgaragen einem Verfahren nach den Bestimmungen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVP-G) 2000 in der Fassung BGBl. I Nr. 153/2004 zu unterziehen. Für diese Verfahren ist die Landesregierung (Abteilung Umweltschutz) als UVP-Behörde zuständig. Die Baubehörde ist in diesem Verfahren „mitwirkende Behörde“.

Leitfaden zur Beantwortung der oben gestellten Frage:

Öffentlich zugängliche Parkplätze oder Parkgaragen für Kraftfahrzeuge mit mindestens 1.500 Stellplätzen für Kraftfahrzeuge sowie

öffentlich zugängliche Parkplätze oder Parkgaragen für Kraftfahrzeuge in schutzwürdigen Gebieten der Kategorie A, B oder D mit mindestens 750 Stellplätzen für Kraftfahrzeuge

sind einer Umweltverträglichkeitsprüfung im vereinfachten Verfahren zu unterziehen (Anhang 1, Z. 21 lit. a und b des UVP-G 2000).

Öffentlich zugängliche Parkplätze sind solche, „die ausschließlich für Parkzwecke (wie Parkhaus, Park-and-Ride-Anlage) oder im Zusammenhang mit einem anderen Vorhaben errichtet werden (wie Kundenparkplätze zu einem Einkaufszentrum, Besucherparkplätze eines Freizeitparks etc.) und ohne weitere Zugangsbeschränkung der Allgemeinheit zugänglich sind (auch beispielsweise wenn eine Parkgebühr zu entrichten ist oder Parkplätze auf Dauer an jedermann vermietet werden). Parkplätze, die hingegen nur einem von vornherein eingeschränkten Nutzerkreis zugänglich sind (etwa für Lieferanten/Lieferantinnen oder Beschäftigte des Betriebes – das heißt es muss eine Zugangsbeschränkung vorgesehen werden, die die Allgemeinheit von der Benutzung dieses Parkplatzes ausschließt), sind demnach nicht öffentlich zugängliche Parkplätze“ (Fußnote 4a des Anhanges 1 UVP-G 2000).

Schutzwürdige Gebiete z. B. der Kategorie D (belastetes Gebiet/Luft) sind gemäß des § 1 Z. 7 der Verord-

nung, BGBl. II Nr. 300/2004, für das Bundesland Tirol festgelegt worden.

Kumulation:

Bei Vorhaben, die die oben festgelegten Schwellenwerte nicht erreichen, die aber mit anderen Vorhaben in einem räumlichen Zusammenhang stehen oder mit diesem gemeinsam den jeweiligen Schwellenwert erreichen, hat die Behörde im Einzelfall festzustellen, ob aufgrund einer Kumulierung der Auswirkungen mit erheblichen schädlichen, belästigenden oder belastenden Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen und daher eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das geplante Vorhaben durchzuführen ist. Eine Einzelfallprüfung ist nicht durchzuführen, wenn das beantragte Vorhaben eine Kapazität von weniger als 25% des Schwellenwertes aufweist.

Bei Änderungen von Vorhaben gelten besondere Bestimmungen. Letztendlich ist zu prüfen, ob bei Änderungen von Vorhaben, die die im § 3a Abs. 1 bis 5 UVP-G angeführten Schwellenwerte nicht erreichen, die aber mit anderen Vorhaben in einem räumlichen Zusammenhang stehen, diese mit den anderen Vorhaben gemeinsam den jeweiligen Schwellenwert erreichen.

Trifft dies zu, hat die UVP-Behörde im Einzelfall festzustellen, ob aufgrund einer Kumulierung der Auswirkungen mit erheblichen schädlichen, belästigenden oder belastenden Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen und daher eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die geplante Änderung durchzuführen ist.

Eine Einzelfallprüfung ist nicht durchzuführen, wenn das beantragte Vorhaben eine Kapazität von weniger als 25% des Schwellenwertes aufweist.

Ein Feststellungsverfahren kann auch auf Antrag der „mitwirkenden Behörde“ eingeleitet werden, in dem geklärt wird, ob eine UVP durchzuführen ist (§ 3 Abs. 7 UVP-G 2000).

Kontaktperson bei der Abt. Umweltschutz des Amtes der Tiroler Landesregierung:

Dr. Martin Dolp, Tel. 508/3451

19.

Tierseuchenfonds; Pflichtbeiträge

Nach § 7 Abs. 1 des Gesetzes über den Tierseuchenfonds, LGBL. Nr. 17/1949, in der Fassung der Gesetze LGBL. Nr. 65/1988 und 109/2001, hat die Landesregierung mit Verordnung vom 18. Dezember 2001, LGBL. Nr. 126, festgesetzt, dass Personen, die in Tirol einen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen oder einen solchen Betrieb als Nutznießer oder Pächter inne haben, für jedes nachstehend angeführte, in ihrem Eigentum befindliche Tier im Jahre 2005 folgende Beiträge zu leisten haben:

1. für alle über ein Jahr alten Einhufer und über drei Monate alten Rinder 1,50 Euro;
2. für Schweine über 50 kg Lebendgewicht sowie über sechs Monate alte Schafe und Ziegen 0,50 Euro.

Für die Entrichtung der Pflichtbeiträge ist der im Zeitpunkt der letzten Viehzählung (Dezember 2001) festgestellte Bestand an Einhufern über einem Jahr und Rindern über drei Monaten bei den einzelnen Tierhaltern maßgebend. Wenn der Gemeinde die genauen Zahlen nicht bekannt sind, werden die laut Viehzählungsliste unter einem Jahr alten Rinder zu zwei Drittel als über drei Monate alt angenommen und sind somit beitragspflichtig. Schlachtkälber bis 300 kg sind nicht beitragspflichtig.

Wie in den Vorjahren sind von den Bezirkshauptmannschaften Listen zu erstellen, in die die Nummer der Gemeinde und die von dieser zu leistenden Beträge eingesetzt werden. Diese Liste ist bis 15. Juli 2005 an die Gemeindeabteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung einzuschicken, worauf von dort aus die Tierseuchenfondsbeiträge an den Tierseuchenfonds überwiesen werden.

Die Bezirkshauptmannschaft wolle wie bisher eine Beitragsliste (mit Zahlenangabe der einzelnen Tiergattungen) direkt an die Veterinärabteilung übermitteln.

Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des § 7 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über den Tierseuchenfonds verwiesen; diese lauten wie folgt:

(2) Die Gemeinde hat die Beiträge der einzelnen Tierbesitzer in einer Beitragsliste festzusetzen. Hierbei ist der im Zeitpunkt der letzten Viehzählung vorhandene Bestand an Einhufern über einem Jahr und Rindern über drei Monaten jedes Tierbesitzers maßgebend. Vorübergehend abwesende Tiere sind mitzuzählen. Die am Zähltag in Schlachthäusern und auf Schlachtviehmärkten befindlichen Tiere sind nicht mitzuzählen.

(3) Die von der Gemeinde ausgestellte Beitragsliste ist durch mindestens eine Woche zur öffentlichen Einsicht aufzulegen. Der Zeitpunkt der Auflage ist mindestens drei Tage vorher ortsüblich kundzumachen. Wenn die in der Beitragsliste aufgenommene Tierzahl dem tatsächlichen Bestand am Zähltag nachweisbar nicht entspricht oder wenn sich der Bestand an beitragspflichtigen Tieren nach dem Zähltag bis zum Tag der Verlautbarung der Beitragssätze verändert hat, so kann jeder Tierbesitzer spätestens innerhalb von drei Tagen nach Ablauf der Einsichtsfrist Einspruch erheben. Über den Einspruch entscheidet die Gemeinde, über die Berufungen die Bezirksverwaltungsbehörde endgültig.

(4) Nach Erledigung der Einspruchs- und Berufungsfälle hat die Gemeinde an die Bezirksverwaltungsbehörde eine nach der Gattung der Tiere gegliederte Übersicht über die Zahl der beitragspflichtigen Tiere vorzulegen. Diese legt eine Gesamtübersicht der Landesregierung vor.

Veterinärdirektion
Zahl IIIe-43/157 vom 16. Februar 2005

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JÄNNER 2005**
(vorläufiges Ergebnis)

	Dezember 2004 (endgültig)	Jänner 2005 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	109,6	109,7
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	115,3	115,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	150,8	150,9
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	234,4	234,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	411,4	411,8
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	524,2	524,7
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	525,9	526,3

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Jänner 2005 beträgt 109,7 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Dezember 2004 (109,6 endgültige Zahl) um 0,1% gestiegen (Dezember 2004 gegenüber November 2004: + 0,5%). Gegenüber Jänner 2004 ergibt sich eine Steigerung um 2,9% (Dezember 2004/2003: +2,9%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck